



Nr. 2 2010

Liebe Leserin,
lieber Leser,

neben Schnee und Eis haben grundlegende politische Debatten die zweite Sitzungswoche diesen Jahres im Bundestag geprägt. Den Auftakt machte jedoch am Mittwoch eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus. Gast war der israelische Staatspräsident und Friedensnobelpreisträger Shimon Peres, der sehr eindrücklich über seine persönlichen Erfahrungen im Nationalsozialismus und die Deutsch-Israelischen Beziehungen gesprochen hat.

Politischer Schwerpunkt war einmal mehr Afghanistan und die Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Strategie auf der internationalen Konferenz in London.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch mal auf die offene Diskussionsveranstaltung „Wie weiter in Afghanistan – Perspektiven und Grenzen des Bundeswehreinsatzes“ am 11. Februar um 19 Uhr in Unna hinweisen. Weitere Informationen finden Sie in diesem Info-Dienst.

Ich möchte Sie an dieser Stelle auch schon mal darüber informieren, dass in der nächsten Woche ein Sonder-Info-Dienst erscheinen wird. Darin werde ich eine Bilanz der ersten 100 Tage meiner Zugehörigkeit zum Bundestag und der Schwarz-Gelben Regierung ziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

Die Themen:

1. Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus
2. Strategiewechsel in Afghanistan
3. Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
4. Im Blickpunkt

1. Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus

Seit 1996 wird in der Bundesrepublik Deutschland der 27. Januar als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus begangen. Anlässlich dieses nationalen Gedenktages, den Bundespräsident Roman Herzog 1996 einführte, wird an die Millionen von Menschen erinnert, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

entrechtet, verfolgt und ermordet wurden. Das Datum erinnert an die Befreiung der Überlebenden des nationalsozialistischen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch Soldaten der Roten Armee am 27. Januar 1945.

Der Bundestag erinnert am 27. Januar mit einer Gedenkveranstaltung an die Opfer. Reden werden vom Bundestagspräsidenten und einem prominenten Zeitzeugen oder dem Bundespräsidenten gehalten. Die Plenarveranstaltung umfasst auch eine künstlerische Darbietung, das heißt es werden Texte rezitiert oder Kompositionen gespielt, deren Autoren Opfer nationalsozialistischer Verfolgung waren. Im Vorfeld der Plenarveranstaltung und am Tag der Veranstaltung selbst findet eine Jugendveranstaltung mit 70 bis 100 Jugendlichen aus Deutschland und den benachbarten Staaten statt. Oft wird auch eine Ausstellung im Deutschen Bundestag gezeigt, die thematisch an die Verfolgung bestimmter Personengruppen während des Nationalsozialismus anknüpft.

In diesem Jahr hat der israelische Staatspräsident, Shimon Peres, die Rede vor dem Bundestag gehalten. Der 86-jährige Friedensnobelpreisträger hat an die von den Nazis ermordeten sechs Millionen Juden erinnert. Darunter waren auch seine Großeltern und ein Onkel, die in einer Synagoge in der heute weißrussischen Stadt Wischnewa bei lebendigem Leibe verbrannt wurden. In einer eindringlichen und emotionalen Rede hat er seine persönlichen Erlebnisse im Holocaust dargestellt. Peres hat dazu aufgerufen sich weltweit gegen Antisemitismus und für Gerechtigkeit und Menschlichkeit einzusetzen. Außerdem hat er die besondere Beziehung zu Deutschland betont und die Verantwortung, die wir alle tragen, damit „Nie wieder!“ solche Verbrechen geschehen. Eine zweite Shoa muss verhindert werden, in dem wir unseren Kindern Respekt vor jedem Leben vermitteln.

2. Strategiewechsel in Afghanistan

Am Mittwoch hat Kanzlerin Merkel ihre Strategie für den weiteren Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan in einer Regierungserklärung im Bundestag erläutert. Das neue Afghanistan-Konzept der Bundesregierung beruht auf vier Säulen. Neben der verstärkten Ausbildung für Armee und Polizei soll die zivile Aufbauhilfe erhöht werden. Deutschland werde in London anbieten, fast doppelt so viel Geld wie bisher, 430 Millionen Euro jährlich, für den Wiederaufbau bereitzustellen. Hinzu soll die Beteiligung an einem Programm zur Reintegration von Taliban-Mitläufern kommen. Die Bundeskanzlerin hat erklärt, dass sie die Auffassung vertritt, dass insbesondere der Schutz der Zivilbevölkerung im Mittelpunkt stehen müsse. Die SPD-Fraktion hat zu diesen Punkten noch einige Änderungswünsche. Parteichef Sigmar Gabriel ist insbesondere auf zwei Punkte eingegangen:

1. Die SPD will keine zusätzlichen Kampftruppen entsenden. Die offensiven Kräfte, die bereits in Afghanistan sind, sollen zugunsten von mehr Personal für Ausbildung im Kontingent umgeschichtet werden.

2. Wir wollen die Übergabe der gesamten Sicherheitsverantwortung, bis 2014/2015 an die afghanische Polizei und das afghanische Militär übergeben, damit deutsche Soldaten abgezogen werden können. Das ist im Übrigen auch der geäußerte Wunsch der afghanischen Regierung. Für die SPD ist daher unbedingt notwendig, dass im Jahr 2011 nachprüfbar der Abzug der Bundeswehr beginnt.

3. Eine Abzugsperspektive verbindet die Bundesregierung mit der Aufstockung des Kontingents um 500 Soldaten (plus 350 Soldaten als sogenannte Flexibilisierungsreserve). Diese Zahl ist nicht erklärt worden und verwundert angesichts der Tatsache, dass das Kontingent von derzeit 4.500 Soldaten, das der Bundestag

bewilligt hat, bei weitem nicht ausgeschöpft ist. Daher leuchtet eine Truppenaufstockung keineswegs ein.

Zusammengefasst: eine deutliche Verlagerung hin zu mehr Ausbildung und zivilen Engagement, eine konkrete Abzugsperspektive beginnend ab 2011 und weniger offensive Kräfte sind für die SPD Knackpunkte für die weitere Zustimmung zum Afghanistan Einsatz.

Die Ergebnisse der Konferenz, die deutsche Strategie, aber auch die weitere Perspektive will ich mit allen Interessierten in einer offenen Veranstaltung diskutieren.

Wie weiter in Afghanistan?

-

Perspektiven und Grenzen des Bundeswehreinsatzes

Donnerstag, 11. Februar, um 19 Uhr

in der „Schwankhalle“ des Zentrums für Information
und Bildung (ZIB), 59423 Unna, Lindenplatz 1

Als Referenten kann ich Niels Annen aus dem SPD Parteivorstand begrüßen. Er war in der letzten Legislaturperiode Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und hat Afghanistan mehrmals bereist.

Mir ist es wichtig auch Ihre Meinung mit nach Berlin zu nehmen, wenn es um die nächste politische Entscheidung zu Afghanistan geht. Bei Interesse bitte ich um Anmeldung in meinem Bürgerbüro in Unna unter oliver.kaczmarek@wk.bundestag.de.

3. Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung

Das **Jahresgutachten 2009/10 des Sachverständigenrates** trägt den Titel „Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen“ und stellt fest, dass sich die deutsche Konjunktur nach einem dramatischen Einbruch der Wirtschaftsleistung zur Jahresmitte stabilisiert habe (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/000/1700044.pdf>) In der zweiten Jahreshälfte 2009 und im Jahr 2010 würde es zu einer leichten Aufwärtsbewegung kommen. Für das Jahr 2009 sei dennoch von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 5% auszugehen. Für das Jahr 2010 prognostiziert der Sachverständigenrat eine leichte Erholung mit einer Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,6%. So erfreulich das Ende der Abwärtsdynamik sei, befinde sich die deutsche Volkswirtschaft konjunkturell nach wie vor in einem tiefen Tal. Die leicht positiven Signale für das Jahr 2010 gäben keinen Anlass zu euphorischen Einschätzungen. Für zusätzliche Ausgaben oder Steuersenkungen bestünden keine Spielräume. Dazu sei die Aufwärtsentwicklung insgesamt zu schwach und zu zerbrechlich.

Gegen Steuergeschenke an Klientelgruppen und Verschuldung fordern wir als SPD ein Konzept für nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung. Wir wollen eine Politik, die unsere Volkswirtschaft krisenfester und dynamischer macht. Um gestärkt aus der Krise zu kommen, ist eine intelligente Wachstumsstrategie gefragt, die nachhaltige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander verbindet.

Private und öffentliche Investitionen müssen gesteigert werden. Mehr unternehmerische Investitionen sind dringend erforderlich, um Arbeitsplätze zu schaffen. Für ökologisch wirksame Investitionen sollen zusätzliche Anreize geschaffen werden. Gleichermäßen bedarf es eines massiven Impulses bei den öffentlichen Investitionen für bessere Bildung in Deutschland.

Es geht darum, eine bessere Balance der deutschen Volkswirtschaft durch eine gezielte Stärkung der Binnenwirtschaft zu erreichen. Für mehr Nachfrage und um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Dumpinglöhne abzusichern, sind in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne zu unterstützen. Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn als unterste Grenze.

Die innerhalb der G 20 und der EU getroffenen Absprachen zur Stabilisierung der Finanzmärkte sind in konkrete Regulierungsvorschriften umzusetzen. Anreize für Spekulationen sind zu begrenzen und Anreize für langfristige Investitionen zu erhöhen. Es muss eine verbindliche Selbstverpflichtung der Banken geben, das Kreditvolumen vor allem für den Mittelstand deutlich zu erhöhen.

Darüber hinaus muss ein neues Steuerkonzept Vermögende, unter anderem durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, stärker in die Verantwortung für das Gemeinwohl nehmen und Normalverdiener sowie Familien steuerlich besser stellen.

Der Link zum SPD-Antrag: <http://dserver.bundestag.btg/btd/17/005/1700521.pdf>

4. Im Blickpunkt

Auch in dieser Sitzungswoche haben wir als SPD durch die Einbringung verschiedener Anträge politische Diskussionen im Bundestag bestimmt.

Die richtigen Lehren aus Kopenhagen ziehen

Der Klimawandel als vielfach beschworene größte Herausforderung unserer Zeit muss weiterhin auf der Agenda der Völkergemeinschaft bleiben. Daher fordern wir in einem Antrag die Bundesregierung auf, angesichts des Scheiterns der Klimaverhandlungen in Kopenhagen dafür zu sorgen, dass die EU und Deutschland Vorreiter für ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen unter dem Dach der Vereinten Nationen im Klimaschutz bleiben.

Dazu ist es unserer Meinung nach notwendig, dass die Europäische Union das Ziel einer Senkung ihrer Treibhausgasemissionen von 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 beschließt. Um die internationale Glaubwürdigkeit zu stärken, soll Deutschland eigene Vorstellungen vorantreiben und erstmals verbindliche über 2020 hinausgehende langfristige und anspruchsvolle Klimaziele festlegen sowie diese in einem Klimaschutzgesetz beschließen. Deutschland soll darin bis 2020 eine unkonditionierte Verminderung der Treibhausgasemissionen von mindestens 40 Prozent und bis 2050 von 80 – 95 Prozent gegenüber 1990 festschreiben.

Der Link zum Antrag: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/005/1700522.pdf>

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes – Klientelpolitik rückgängig machen

Wir fordern die Bundesregierung auf, den allgemeinen Umsatzsteuersatz für Beherbergungsleistungen wieder einzuführen, denn die Einführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes ist eine eklatante politische Fehlentscheidung. Die von der Deutscher Hotel und Gaststättenverband (DEHOGA) in Aussicht gestellte spürbare Senkung der Übernachtungspreise in Deutschland bleibt erwartungsgemäß aus.

Bei voller Jahreswirkung gehen den öffentlichen Haushalten rund eine Milliarde Euro verloren. Dies ist angesichts der Haushaltslage unverantwortlich und konjunkturpolitisch nicht zu begründen. Daher muss diese Steuerprivilegierung schnellstmöglich zurück genommen werden.

Der Link zum Antrag: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/005/1700520.pdf>

Kinderschutz wirksam verbessern: Prävention im Kinderschutz optimieren – Förderung und frühe Hilfen für Eltern und Kinder stärken

Mit einem Antrag legen wir ein Gesamtkonzept für eine wirksame Weiterentwicklung des Kinderschutzes und für eine Stärkung präventiver Angebote (sog. Frühe Hilfen) vor. Eltern und ihre Kinder müssen frühzeitig gestärkt und gefördert werden.

In dem Antrag fordern wir u. a., die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Von der Bundesregierung erwarten wir einen Gesetzentwurf, der den Kinderschutz wirksam verbessert und die Prävention im Kinderschutz optimiert.

Der Link zum Antrag: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/004/1700498.pdf>

Mehr Chancengleichheit für Jugendliche – Ferienjobs nicht als regelmäßiges Einkommen anrechnen

Viele junge Menschen verdienen sich durch Ferienjobs etwas hinzu. Sie wollen sich damit kleine alltägliche Wünsche erfüllen. Gleichzeitig sammeln sie so erste Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt.

Bei jungen Menschen aus SGB-II-Bedarfsgemeinschaften wird das Einkommen aus einem Ferienjob als laufende Einnahme behandelt und in dem Monat bzw. in den Monaten, in dem es zufließt, auf das Sozialgeld angerechnet. Das ist entmutigend. Aus Gründen der Chancengleichheit fordern wir, dass angemessene Einnahmen aus einem Ferienjob künftig nicht als Einkommen im Sinne des SGB II berücksichtigt werden. Wir sind der Überzeugung, dass Ferienjobs dazu beitragen, jungen Menschen Selbstbewusstsein zu geben und sich beruflich zu orientieren.

Der Link zum Antrag: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/005/1700524.pdf>

Die Lasten der Krise gerecht verteilen, Spekulationen eindämmen – Internationale Transaktionssteuer einführen

Wir fordern mit die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer mit dem Ziel, die Finanzwirtschaft an der Finanzierung der Lasten aus der Finanzmarktkrise zu beteiligen und die Spekulationen an den Finanzmärkten einzudämmen.

Sollte diese Steuer nicht auf internationaler oder europäischer Ebene zu Stande kommen, fordern wir die Bundesregierung auf, eine nationale Börsenumsatzsteuer nach britischem Vorbild einzuführen.

Der Link zum Antrag: <http://dserver.bundestag.de/btd/17/005/1700527.pdf>